



Bericht des Stadtrates zu den hängigen Vorstössen 2018

Departement Finanzen Wirtschaft Sicherheit

Vorstoss	Eingang	an Stadtrat überwiesen	Bericht Stadtrat
Postulat Infanger betr. Public Private Partnership (PPP)	06.03.2008	19.06.2008	Es ist nach wie vor vorgesehen, dass die Stadthalle Chur AG die neue Messe- und Eventhalle Obere Au plant, baut und finanziert. Zurzeit laufen Vorbereitungsarbeiten für einen Gesamtleistertwettbewerb. Die Investitionskosten belaufen sich auf ca. Fr. 27 Mio. Um die Finanzierung sicherzustellen, erwägt die Stadthalle Chur AG den Verkauf des Grundstücks und der Liegenschaft der heutigen Stadthalle. Zusammen mit einer Aktienkapitalerhöhung mit einem neuen Aktionär und einem Beitrag des Kantons (Wirtschaftsförderungsgesetz) ist die Stadthalle Chur AG finanziell in der Lage, die neue Messe- und Eventhalle zu finanzieren. Als Mieterin und Betreiberin der Halle ist in einem ersten Schritt die Betriebsorganisation Sport- und Eventanlagen Obere Au vorgesehen. Ein allfälliges Betriebsdefizit wird voraussichtlich bei der Stadt anfallen.
Auftrag Lurati betr. Videoüberwachung in der Stadt Chur	15.09.2011	02.02.2012	Die Regierung des Kantons Graubünden wird zuhänden des Grossen Rats frühestens im Sommer/Herbst 2018 eine Botschaft betreffend Anpassung des kantonalen Polizeigesetzes erarbeiten. Nach Verabschiedung dieser Botschaft durch den Grossen Rat kann die Anpassung des städtischen Polizeigesetzes in Angriff genommen werden. Dies wird frühestens im Frühjahr 2019 der Fall sein.
Auftrag Hohl zur Lockerung des Polizeigesetzes	04.02.2016	12.05.2016	Diese Botschaft ist für 2019 geplant. Vgl. auch die Ausführungen zum Auftrag Lurati betr. Videoüberwachung in der Stadt Chur.
Auftrag VBK ALÜ 2.1: Aufgabenklärung Finanzkontrolle bezüglich Kontrolle und Beratung	15.12.2016	15.12.2016	Auftrag VBK ALÜ 2.1 an Stadtrat überwiesen am 15. Dezember 2016 (GRB.2016.57). Die Bearbeitung des Auftrags ist nach wie vor pendent.





Vorstoss	Eingang	an Stadtrat überwiesen	Bericht Stadtrat
Auftrag VBK ALÜ 2.1: Unterhalt und Betrieb der städtischen Gebäude inkl. Reinigung	15.12.2016	15.12.2016	Auftrag VBK ALÜ 2.1 an Stadtrat überwiesen am 15. Dezember 2016 (GRB.2016.57) Mit SRB.2016.808 hat der Stadtrat beschlossen, den Stellenplan im Bereich Baulicher Unterhalt via GPK zu erhöhen, was in der Zwischenzeit erfolgt ist. Ob die Reinigung der Verwaltungsgebäude ausgelagert wird, entscheidet der Stadtrat anhand der Erfahrungen aus den Pilotprojekten von GBC und Stadtschule.
Auftrag VBK ALÜ 2.1: Reduktion Verwaltungsräte in von Stadtverwaltung ausgelagerten Betrieben	15.12.2016	15.12.2016	Auftrag VBK ALÜ 2.1 an Stadtrat überwiesen am 15. Dezember 2016 (GRB.2016.57) Die Vorberatungskommission vertrat in ihrem Schlussbericht die Ansicht, es sei zu verantworten, die Anzahl Verwaltungsräte zu verringern. Der Stadtrat teilt diese Meinung grundsätzlich, macht aber beliebt, den Entscheid über die Grösse von Verwaltungsräten bei externen Leistungserbringern ihm zu überlassen. Verwaltungsräte sollen zwischen drei und maximal sechs Mitglieder umfassen, wobei deren Kompetenzen ausschlaggebend sind. Dabei ist denkbar, dass in Einzelfällen ein Stadratsmitglied Einsitz nimmt. Antrag auf Abschreibung.
Auftrag VBK ALÜ 2.1: Reduktion Beiträge an Bergbahnen Chur-Dreibündenstein AG	15.12.2016	15.12.2016	Auftrag VBK ALÜ 2.1 an Stadtrat überwiesen am 15. Dezember 2016 (GRB.2016.57) Mit der Beantwortung der Interpellation "Neustart Brambrüesch ab 2019" der FDP ist umfangreich über die Absichten und die zukünftige Finanzierung der Bergbahnen Chur – Dreibündenstein AG berichtet worden.
Auftrag VBK ALÜ 2.1: Einführung Lohnsummenbudget	15.12.2016	15.12.2016	Auftrag VBK ALÜ 2.1 an Stadtrat überwiesen am 15. Dezember 2016 (GRB.2016.57) Auf die Botschaft vom 12. September 2017 wurde an der GR-Sitzung vom 5. Oktober 2017 nicht eingetreten (GRB.2017.48). In der GPK-Sitzung vom 13. November 2017 beantworteten Urs Marti und Claudia Stebler die offenen Fragen zum Lohnsummenbudget. Die Antwort der GPK ist bis jetzt noch hängig.
Auftrag VBK ALÜ 2.1: Interpretation zum städtischen Gesetz über die Förderung der Wirtschaft	15.12.2016	15.12.2016	Die Botschaft wird dem Gemeinderat noch in diesem Jahr unterbreitet.



Vorstoss	Eingang	an Stadtrat überwiesen	Bericht Stadtrat
Auftrag GPK: Gesetzliche Grundlagen betr. Entschädigung der Stadtratsmitglieder	15.12.2016	15.12.2016	<p>Auftrag GPK überwiesen an der Gemeinderatssitzung vom 15. Dezember 2016 (Antrag GPK aus GPK-Bericht zum Budget 2017 vom 18. November 2016)</p> <p>Der Stadtrat hat am 3. November 2015 einen Beschluss über die Entschädigung der Stadtratsmitglieder für die Einsitznahme im Grossen Rat, in Verwaltungsorganen von Handelsgesellschaften, Genossenschaften, Vereinen, Stiftungen sowie Körperschaften oder Anstalten des privaten und öffentlichen Rechts gefasst. Der Stadtrat erachtet diesen Beschluss als ausreichend und wird das Thema noch mit der GPK erörtern.</p>

**Departement Bildung Gesellschaft Kultur**

Vorstoss	Eingang	an Stadtrat überwiesen	Bericht Stadtrat
Petition "Kulturraum Chur"	04.09.2010	11.11.2010	<p>Mit der Botschaft "Petition Kulturraum Chur" (Nr. 405.03 vom 14. Februar 2011) erklärte sich der Stadtrat bereit, das Thema Kulturraum in spätestens fünf Jahren wiederaufzunehmen (an der GR-Sitzung vom 10. März 2011 nahm der Gemeinderat vom Bericht Kenntnis; GRB Nr. 405.04).</p> <p>Nachdem im Dezember 2012 die Umnutzung der Räumlichkeiten des Palazzo in ein Kulturhaus vom Verein Kulturraum Chur abgelehnt worden war, lag 2015 ein Betriebskonzept für ein mögliches Kulturzentrum in den Räumlichkeiten der "Werkstatt" vor. Aufgrund des Betreiberwechsels Anfang 2016 konnte das Projekt nicht weiterverfolgt werden.</p> <p>Eine neuerliche Botschaft setzt eine umfassende Auslegeordnung hinsichtlich Räume für Veranstaltungen voraus. Ein Projektauftrag für ein Kultur- und Versammlungsraumkonzept erfolgte durch den Stadtrat am 21. November 2017.</p>

**Departement Bau Planung Umwelt**

Vorstoss	Eingang	an Stadtrat überwiesen	Bericht Stadtrat
Postulat Schädler betr. Linksabbieger Rosenhügel	16.05.2002	12.09.2002	Diese Verkehrslösung ist Bestandteil des Agglomerationsprogramms. Die Mitfinanzierung durch den Bund ist im Herbst 2010 vom Bundesparlament beschlossen worden. Das Projekt wird in Zusammenarbeit mit dem kantonalen Tiefbauamt geplant und finanziert. In Zusammenarbeit mit dem kantonalen Tiefbauamt wurde ein Gesamtverkehrskonzept Stadt erstellt und darin werden die Projekte Linksabbieger Rosenhügel, Hochbrücke St. Luzi, Anschluss Chur Nord (Mitte) sowie Langsamverkehrsmassnahmen und neue öV Lösungen (Tangentialbuslinie) aufgezeigt. Das Gesamtverkehrskonzept 2030 wird dem Stadtrat im Juni 2018 vorgelegt. Die Botschaft zum Projekt wird dem Gemeinderat im September 2018 unterbreitet. Der Baubeginn ist neu per 2021 geplant und die Hochbrücke durch den Kanton 2023. Das bestehende Projekt "Linksabbieger Rosenhügel mit Wendekreis" wird im Moment nicht mehr weiterverfolgt. Neue grosszügigere Lösungen mit grösserer finanzieller Beteiligung des Kantons werden in Zusammenarbeit mit dem kantonalen Tiefbauamt geprüft und letzterer übernimmt auch die Federführung.
Postulat Durisch betr. Verbesserung Durchgangsverkehr Stadt Chur ins Schanfigg	14.04.2005	21.06.2005	Das Projekt "Hochbrücke" wurde nicht in das Agglomerationsprogramm aufgenommen und muss vom Kanton selbständig finanziert werden. Gemäss Medienmitteilung und Information des kantonalen Tiefbauamtes an das Departement BPU ist es das Ziel, die Hochbrücke (abgeändertes Projekt) mit Baubeginn 2023 zu realisieren. Da das Geschäft nicht in der Zuständigkeit des Stadtrates liegt, stellt er Antrag auf Abschreibung.
Postulat Steidle betr. Massnahmen gegen die Lärmbelastung durch die A13	06.03.2008	19.06.2008	Das Departement BPU (Tiefbaudienste) wird die Gespräche betreffend Lärmschutzwand (oder Erdwall) im Frühling 2018 mit der Bürgergemeinde neu aufnehmen. Ziel ist es, eine Lösung per Sommer 2019 aufzuzeigen, damit allenfalls in Zusammenhang mit den Aushubarbeiten Kantonsspital 2 dieses Material berücksichtigt werden kann. Zurzeit laufen Variantenabklärungen über den Landbedarf und die Kosten.



Vorstoss	Eingang	an Stadtrat überwiesen	Bericht Stadtrat
Auftrag Mazzetta betr. Anpassung des Mühlbach-Gesetzes an den Gewässerschutz und den aktuellen Nutzungsverhältnissen	11.03.2010	17.06.2010	Die entsprechende Botschaft ist zur Behandlung im Gemeinderat im Februar 2019 vorgesehen.
Auftrag BDP zur Verkehrsverflüssigung beim Anschluss Chur Nord	07.06.2012	12.09.2012	Im Zusammenhang mit dem Gesamtverkehrskonzept 2030 werden neue Lösungen Chur Nord (Mitte) mit dem ASTRA und dem TBA GR (Strasseneigentümer Masanserstrasse und Haldensteinstrasse) im Herbst 2018 besprochen. Nur so kann die Verkehrsproblematik Masans gelöst werden. Kurzfristige Lösungen, wie in der Botschaft vom 6. März 2014 aufgezeigt, bringen keine signifikanten Verbesserungen. Die Botschaft zur Verkehrsverflüssigung beim Anschluss Chur Nord wird dem Gemeinderat im November 2018 vorgelegt.
Auftrag Fraktion Freie Liste Verda betr. kostendeckende und verursachergerechte Abfallentsorgung	24.10.2013	30.01.2014	Der Auftrag Fraktion Freie Liste Verda ist zusammen mit der Anpassung der Kehricht-Grundgebühr (Auftrag 3, ALÜ 1.0) zur Behandlung im Gemeinderat im Oktober 2018 geplant.
Auftrag CVP-Fraktion betr. verdichtetes Bauen in Chur	30.01.2014	10.04.2014	Das Thema verdichtetes Bauen fliesst in die nächste Baugesetzrevision ein.
Auftrag Mazzetta für eine kommunale Planung für Energienetze	12.06.2014	08.10.2015	An der GR-Sitzung vom 22. Juni 2017 wurde eine Vorberatungskommission eingesetzt (GRB.2017.34). Die entsprechende Botschaft wird in der Gemeinderatssitzung vom 21. Juni 2018 behandelt.
Auftrag Hohl zur Überarbeitung des Gesetzes über die Abwasseranlagen	15.05.2017	14.12.2017	Der Auftrag wurde mit GRB.2017.59 vom 14. Dezember 2017 überwiesen. Aufgrund des aktuellen Arbeitsstands wird das Geschäft dem Gemeinderat voraussichtlich im Jahr 2019 unterbreitet werden.
Auftrag FDP-Fraktion betreffend Abänderung des Baugesetzes der Stadt Chur	16.11.2017	12.04.2018	Der Auftrag wurde an der GR-Sitzung vom 12. April 2018 (GRB.2018.10) überwiesen. Aufgrund des aktuellen Arbeitsstands wird das Geschäft dem Gemeinderat voraussichtlich im Jahr 2019 unterbreitet werden.



Aktenauflage

Hängige Vorstösse

Chur, 24. Mai 2018